

Dumm, rechtswidrig, inhuman und wirtschaftsfeindlich – Leser der Oberhessischen Presse kritisieren staatlichen Abschiebewahn

Quelle: Oberhessische Presse vom 5. Juli 2025

Zu den Berichten über die geplante Abschiebung des Schülers Sidat Selim Omer:

In der sogenannten Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (seit 1992 in Deutschland in Kraft) heißt es in Artikel 3.1: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Und der Artikel 6.1 des Grundgesetzes lautet: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“

Was mit dem Verbot des Familiennachzugs für Flüchtlinge geplant ist, halte ich nicht nur für dumm (der Verlust von Geborgenheit und psychischer Gesundheit führt auch zu gesellschaftlichen Problemen) und unmenschlich, sondern auch für rechtswidrig. Dass gerade ein Bundesinnenminister eine treibende Kraft ist, macht mich fassungslos.

Heute erfahren wir aus der OP, dass geplant ist, Sidat Omer, einen irakischen Jugendlichen, nach Rumänien abzuschicken. Er ist ja nun 18. Da darf man ihn aus der Familie herausreißen. Was seine Geschwister in Rumänien durchgemacht haben, dass er bestens integriert ist, beste Noten erreicht hat und eine Ausbildung am Universitätsklinikum beginnen kann, spielt keine Rolle. Es geht ja ums Prinzip und die Angst, zu wenig Abschiebungszahlen vorweisen zu können.

Ich schäme mich für viele Menschen meiner Generation, danke den Lehrerinnen, die sich engagieren, allen Mitschülerinnen und Mitschülern, die ihn unterstützen, und hoffe, dass sie und Sidat nach den Ferien von weiteren Schülern anderer Schulen unterstützt werden.

Reinhard Forst, Amöneburg

Kritik an Abschiebungen von jungen Menschen, die bereits eine Ausbildung in Deutschland in Aussicht haben

Weniger Geburten in Deutschland, deutlicher Anstieg der Renteneintritte aktuell und in den nächsten Jahren – die demografische Entwicklung führt dazu, dass Deutschland nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in den nächsten Jahren rund 400.000 Arbeitskräfte als Zuwanderer benötigt; Ausbildungsplätze in allen Branchen bleiben unbesetzt, im Landkreis Marburg-Biedenkopf am 30. September 2024 rund 200 (!).

Deshalb werden mit hohem Aufwand von Betrieben und Behörden Arbeitskräfte und Auszubildende aus dem Ausland angeworben – „Make it in Germany“ heißt die Plattform, wo Menschen aus dem Ausland willkommen geheißen werden –, für die vorherige und die jetzige Bundesregierung steht die Zuwanderung von Fachkräften ganz oben auf der Agenda.

Zur gleichen Zeit werden hier in Deutschland schulisch und sozial gut integrierte junge Menschen abgeschoben (teilweise von ihren Geschwistern und Eltern getrennt), obwohl sie nach Ende ihrer Schulausbildung eine feste Zusage für eine Berufsausbildung haben. Hier passt offenkundig etwas nicht zusammen.

Die hessische Landesregierung sollte schnellstmöglich die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, dass „Ausbildung vor Abschiebung“ greift – junge Menschen ihren Ausbildungsplatz erhalten und Betriebe ihren Ausbildungsplatz erfolgreich besetzen können.

Gerhard Wenz, Cölbe-Bürgeln